



Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

GZ: V EPV 02/25

Datum 09.02.2026

Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	+43 15016513732
GEBU/BAK/2026/0051	Sandra MATZINGER	E-Mail	Sandra.MATZINGER@akwien.at

Verordnung, mit der Festlegungen zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve getroffen werden (Netzreserve-Verordnung)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Mit der Netzreserve-Verordnung werden gemäß § 146 Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) Regelungen zur Durchführung der Netzreserve unter Beachtung der beihilferechtlichen Vereinbarkeit getroffen. Damit soll ein gesicherter Einsatz jener Stromerzeugungsanlagen gewährleistet werden, der für das Engpassmanagement relevant und damit für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit unerlässlich ist.

Grundsätzlich ist dabei zu betonen, dass der notwendige Ausbau der Strominfrastruktur unter effizienten Bedingungen der wichtigste Beitrag zur Versorgungssicherheit ist und damit auch die Gesamtsystemkosten positiv beeinflusst werden können. Die Versorgungssicherheit muss allgemein besondere Priorität haben, ist sie doch sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch gesamtgesellschaftlich von höchster Wichtigkeit. Die Netzreserve spielt dabei im Gesamtstromsystem eine besondere Rolle, denn sie fungiert als eine Art Versicherung zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit: Der dazu kontrahierte Kraftwerkspark muss daher gesichert zur Verfügung stehen und in einem Zustand sein, um im Bedarfsfall die notwendigen Reserven jederzeit abrufbar bereit zu haben. Die marktwirtschaftlichen Logiken, denen die Vorgaben bei der Beschaffung der Netzreserve unterworfen sind, sind dabei durchaus in Frage zu stellen, gerade angesichts der Wichtigkeit von Versorgungssicherheit im Gesamtsystem. Bezogen auf die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen im neuen Regime ist eine enge Abstimmung aller

Stakeholder unter besonderer Einbeziehung des Regelzonenführers notwendig – hier sollten gemeinsam Kriterien zur Umsetzung erarbeitet werden.

Positiv hervorzuheben ist, dass die beihilferechtliche Genehmigung bis Ende 2030 erteilt wurde und damit eine längerfristige Rechts- und Planungssicherheit besteht. Neu vorgesehen ist zudem die Durchführung von Ausschreibungen über Flexibilitätsplattformen, wodurch auch kleinteilige Stromerzeugungs- und Verbrauchsanlagen für die Netzreserve herangezogen werden können. Diese Plattformen befinden sich derzeit noch im Aufbau, könnten jedoch mittelfristig einen Beitrag zur weiteren Erhöhung der Liquidität bei den Netzreserve-Ausschreibungen leisten.

Für die BAK ist es wesentlich, dass die Beschaffung der Netzreserve – sei es durch Ausschreibungen oder durch Kostenersatz im Falle von Stilllegungsverboten – zu möglichst kostengünstigen Ergebnissen durch möglichst effizienten Mitteleinsatz führt, da die Kosten der Netzreserve von den Netznutzer:innen zu zahlen sind – selbstverständlich unter Wahrung der Versorgungssicherheit als oberste Priorität. Durch die Einbeziehung neuer Flexibilitätsoptionen und von Speichern kann die Liquidität der Ausschreibungen für die Netzreserve erhöht werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass sich bei Gaskraftwerken die Kosten der Netzreserve aufgrund der deutlich gestiegenen Gas-Netzentgelte weiter verteuern. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass die Kontrahierung fossiler Kraftwerke die Erreichung der Klimaziele 2040 sowie des Erneuerbaren-Energie-Ziels für 2030 nicht behindern darf.

Schließlich ist sicherzustellen, dass das verspätete Inkrafttreten des EIWG im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Netzreserve für die heurige Periode 2026/27 nicht zu zusätzlichen Kosten für die Netznutzer:innen führt.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

